

– ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG WEITERENTWICKELN –

Unterstützung für das Landesprogramm „ASaar – Arbeit für das Saarland“

**Gemeinsames Kommuniqué
des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes,
der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar,
der LAG Beschäftigung & Qualifizierung Saarland,
der Aktion Arbeit des Bistums Trier**

Saarbrücken, 24.07.2013

1. Die Umsetzung des neuen Landesarbeitsmarktprogramms „ASaar – Arbeit für das Saarland“ zur Integration und Teilhabe von Langzeitarbeitslosen erfordert zugleich starkes bundespolitisches Engagement

Die saarländische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, mit dem neuen Landesarbeitsmarktprogramm „ASaar – Arbeit für das Saarland“ einen „abgesicherten, dauerhaft geförderten öffentlichen Beschäftigungssektor im Saarland“ einzuführen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird dieses Programm und seine Ergebnisse – insbesondere die Wirkungen auf die Zielgruppe – als gemeinsamen Schwerpunkt in der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf Landesebene in die weiteren Überlegungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit einbeziehen.

Mit der Umsetzung des neuen Arbeitsmarktprogramms wurde landesweit im Januar erfolgreich begonnen. Dabei ist nachhaltige Integration und Teilhabe von Langzeitarbeitslosen neben dem großen Engagement der regionalen Arbeitsmarkttakteure aber auch auf ein starkes bundespolitisches Engagement angewiesen. Bedingt durch die drastischen Kürzungen des Bundes im Bereich der aktiven Eingliederungsleistungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und die bevorstehende Beendigung des Bundesprogramms „Bürgerarbeit“ wird es für die saarländischen Jobcenter perspektivisch allerdings immer schwieriger, ihren Beitrag zur Umsetzung des Programms zu erbringen.

2. Öffentlich geförderte Beschäftigung braucht einen „Passiv-Aktiv-Transfer“

Einrichtung und Aufbau eines öffentlich geförderten „sozialen Arbeitsmarktes“ sind in dem erforderlichen Umfang nur finanzierbar, wenn ein „Passiv-Aktiv-Transfer“ ermöglicht wird. Deshalb müssen die durch die Beschäftigung eingesparten passiven Leistungen des Bundes und der Kommunen in Eingliederungsmittel umgeschichtet werden können. Dem entgegen stehen zwar die geltenden bundesgesetzlichen Regelungen. Vor dem Hintergrund des breiten gesellschaftlichen und politischen Konsenses sowie des bestehenden Engagements der saarländischen Jobcenter und Kommunen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung empfehlen wir jedoch, den Passiv-Aktiv-Transfer im Saarland modellhaft zu erproben.

3. Langzeitarbeitslose integrieren sowie soziale und gesellschaftliche Teilhabe sichern

Langzeitarbeitslose Menschen, für die eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt auf Dauer nicht absehbar ist, sind eine besondere Herausforderung für alle Arbeitsmarkttakteure. Diesen

Menschen gegenüber besteht die politische Verpflichtung, ihnen eine persönliche Perspektive auf sinnvolle existenzsichernde Beschäftigung sowie auf soziale Teilhabe zu eröffnen. Für diese leistungsgeminderten Langzeitarbeitslosen ist im Rahmen langfristig angelegter individueller Integrationsstrategien ein Angebot öffentlich geförderter Beschäftigung erforderlich, das auch entsprechende Möglichkeiten beruflicher Qualifizierung vorsieht.

Das schließt ein, dass Betroffene nach Möglichkeit in ungeforderte Beschäftigung einmünden. Aktuelle Studien belegen, dass die Bereitschaft von Arbeitgebern, auch langzeitarbeitslosen Menschen eine Chance auf Beschäftigung zu geben, ansteigt.

Allerdings dürfen Menschen, die absehbar keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben, wegen gestiegener Leistungsanforderungen der Wirtschaft und fehlender Einfacharbeitsplätze nicht als erwerbsunfähig ausgesteuert werden.

4. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss für alle Arbeitgeber offen sein

Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht nur auf Wirtschaftsunternehmen mit der Absicht auf Gewinnerzielung eingeengt werden, sondern muss für alle Arbeitgeber – privat-gewerbliche, gemeinnützige und kommunale – offen sein. Die bewährten Ansätze der gemeinnützigen Beschäftigungsträger sind hierbei unverzichtbar.

Kriterium für eine arbeitsmarktnahe und sinnstiftende öffentlich geförderte Beschäftigung sollte nur die Art der Tätigkeit sein. Damit leistet öffentlich geförderte Beschäftigung nicht nur einen Beitrag für das Wohlergehen des Einzelnen, sondern auch einen Beitrag für die soziale und gesellschaftliche Stabilität.

5. „ASaar“ muss durch das neue Modellprojekt „Perspektiven in Betrieben“ der Bundesagentur für Arbeit zielgerichtet unterstützt werden

Mit der Auswahl des Saarlandes als Pilotregion für das neue Modellprojekt „Perspektiven in Betrieben“ hat die Bundesagentur für Arbeit die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und das besondere Engagement des Saarlandes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit anerkannt. Die Landesregierung ist bereit, mit „ASaar“ das Bemühen zu unterstützen, für Langzeitarbeitslose konkrete Beschäftigungsperspektiven in Betrieben zu schaffen. Um die Erfolgchancen sowohl von „ASaar“ als auch des Modellprojektes zu erhöhen, müssen beide Vorhaben inhaltlich und konzeptionell eng miteinander verzahnt und angemessen weiterentwickelt werden.

Mit einer Förderung aus Mitteln des Bundes zusätzlich zu den bestehenden Mitteln des Eingliederungstitels wäre es möglich, für das Modellprojekt ein eigenes ausreichendes Gesamtbudget zu schaffen, um die Mittel, die die saarländische Landesregierung zur Verfügung stellt, im erforderlichen Umfang ergänzen und ausschöpfen zu können.

Im Rahmen einer begleitenden wissenschaftlichen Bewertung sollte das Modellprojekt eine ausreichende Größe bieten, um sowohl aus dem Landesprogramm als auch aus dem Modellprojekt verlässliche Schlussfolgerungen ziehen zu können für die bundesweite Gestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung. Dabei sollten auch die Wechselwirkungen zwischen den Förderelementen von „ASaar“ und dem BA-Modellprojekt untersucht werden, insbesondere die Auswirkungen der Förder-Prämie sowie des Coachings.